

SOLOTHURNER FREISINN

Wir machen Solothurn stark!

Bild Michel Lüthi, bilderwerft.ch



Herzlichen Dank Iris

Die Delegierten verabschiedeten Iris Kofmel und stimmten sich auf die Wahlen 2025 ein

«Wir haben ein Wahlkampfteam, wir sind im engen Kontakt mit unserer Agentur und wir haben ein Budget. Wir können loslegen.» Felix Hug, Chef Personelles der FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn, strahlte an der Delegiertenversammlung in Grenchen bei seinem Ausblick auf die Wahlen 2025 Zuversicht aus (**Seite 6**). Lesen Sie zudem in dieser Ausgabe das Interview mit Finanzpolitiker Christian Thalmann (**Seite 3**), die präsidentalen Gedanken über pubertäre Opposition (**Seite 4**) sowie den Beitrag über unsere Doppelspitze mit Marco Lupi und Peter Hodel (**Seite 5**).



FDP am Puls der Zeit

Bildungsdebatte, Wahlsiege,
politische Weichenstellungen

Inhalt dieser Ausgabe:

FDP Kanton Solothurn	3–9
Bildung	10–13
Liberale Gleichstellungspolitik	14–20
Der Souverän sind wir	21
Biodiversitätsinitiative	22
Kolumne: Andri Silberschmidt	23

Liebe Freisinnige

Dieser Tage bereitet es mir besondere Freude, ein Freisinniger zu sein! Erstens hat unser Bildungspapier mit den 17 Forderungen ein gewaltiges Echo ausgelöst und endlich die notwendigen Diskussionen zu den Fehlentwicklungen in der Volksschule ausgelöst. Empört waren nur ein paar Linke, was heisst, dass wir richtig liegen. Jetzt müssen wir aber dranbleiben und das Thema weiter besetzen. Gefordert sind dazu auch die Kantonalparteien. Zweitens wurde am 18. August im Kanton Schaffhausen unser bisheriger Regierungsrat Martin Kessler mit dem besten Resultat wiedergewählt. Dazu haben wir der SP mit der Neuwahl von Marco Montanari einen Sitz abgelnchust. Danke FDP Schaffhausen – bien fait! Und herzliche Gratulation.

Am 22. September stimmen wir ab über die extreme Biodiversitätsinitiative. Ebenso haben die Schweizerinnen und Schweizer die Möglichkeit, ein Bekenntnis für den Erhalt unseres international einzigartigen Dreisäulensystems abzugeben.

NEIN zur extremen Biodiversitätsinitiative

Einmal mehr sprechen wir über eine Vorlage mit berechtigtem Anliegen, jedoch unverhältnismässigen Massnahmen. Nicht nur würde eine Gesamtfläche von der Grösse der Kantone Bern, Freiburg, Neuenburg

und Solothurn zu praktisch unantastbarem Schutzgebiet. Ebenso verletzt die Initiative föderalistische Grundsätze, ganz zu schweigen von der Verlängerung der Baubewilligungsverfahren. Darüber hinaus stehen die Forderungen im Widerspruch zu den Energiezielen der Schweiz, denn bei einem Ja würde der mit dem Stromgesetz soeben beschlossene beschleunigte Ausbau der Erneuerbaren verunmöglicht.

Modernisierung der zweiten Säule: Frauen und Teilzeitbeschäftigte profitieren

Bei der Finanzierung der Altersvorsorge hat die FDP drei Grundsätze: Nachhaltige Finanzierung, Abschaffung der Quersubventionierungen von Jung zu Alt, Ausgewogenheit der Massnahmen. Die BVG-Vorlage ist ein gelungener Kompromiss: Die Bundesversammlung konnte sich auf eine Senkung der Eintrittsschwelle einigen und für deutlich mehr Menschen einen Zugang zur zweiten Säule ermöglichen. Wer bis anhin nicht versichert war, wird zukünftig auch im Todesfall oder bei Invalidität abgesichert sein. Teilzeitarbeitende oder Menschen mit tiefen Einkommen werden von deutlichen Verbesserungen profitieren, ebenso Mehrfachbeschäftigte vom neuen prozentualen Koordinationsabzug. Einigen konnte man sich auch zu den Ausleichsmassnahmen für

Übergangsgenerationen und zu den verbesserten Lohnabzügen für Beschäftigte ab 45 Jahren. Am 22. September haben wir es in der Hand, die Renten für viele Menschen und insbesondere für Frauen zu verbessern!

SP & Co: Im Zweifelsfall steht Klassenkampf vor Gleichstellung

Gewerkschaften, SP und Grüne bekämpfen die BVG-Reform via Referendum. Ihr immerwährender Klassenkampf lässt es ihnen offenbar nicht zu, den vernünftigen und zielführenden Kompromiss mitzutragen. Ebenso droht die SP-Parteispitze bereits damit, die Individualbesteuerungsinitiative der FDP abzuschliessen, ein herber Schlag für die Gleichstellung der Frauen in der Schweiz. Beide Vorhaben bieten die einmalige Chance für reale Verbesserungen und handfeste Fortschritte bei Gleichstellung und Chancengleichheit. Die Linken betreiben lieber ihre ideologiegetriebene Partei- und Machtpolitik weiter.

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Bild Michel Lüthi, bilderwerft.ch



Der Kanton muss seine Ausgaben um zwei Prozent senken, so lautet die Forderung von Finanzpolitiker und Kantonsrat Christian Thalmann. Und er nimmt auch seine Kantonsratskolleginnen und -kollegen in die Pflicht: Partikularinteressen müssten nun hintangestellt werden.

Sind Sie privat ein Sparfuchs?

Nein, aber ich lebe eher bewusst und setze Prioritäten.

Sie plädieren dafür, dass der Kanton massiv Geld sparen muss. Wieso?

Die Risiken des Kantons im Bereich Gesundheit – Stichworte Spitäler und KGV – sind hoch. Die Pro-Kopf-Verschuldung lag zwar auch schon höher, sie wird jedoch in Zukunft infolge Investitionen und negativer Jahresabschlüsse stark ansteigen. Es ist sehr gefährlich, Schulden zu machen, um die laufende Rechnung zu finanzieren. Ein stabiler, ausgeglichener Haushalt muss das Ziel sein.

Wo orten Sie Sparbedarf?

Der Begriff «sparen» ist vage und zudem falsch. Es geht darum, die Ausgaben zu stabilisieren. Der Kanton gibt rund 2,6 Milliarden Franken aus, mit 2 Prozent weniger Ausgaben wäre – salopp ausgedrückt – der «Mist geführt».

Wo kann der Kanton denn also seine Ausgaben senken?

Gewisse Aufgaben sollten effizienter und unbürokratischer erledigt werden. Vor 30 Jahren konnte ein einfacher Grundstücksverkauf auf vier bis fünf Seiten abgefasst werden, heute ist die Urkunde dreimal so lang.

Welche Leistungen darf der Kanton nicht kürzen?

Der Kanton muss sämtliche Subventionen, Beiträge und Zuschüsse hinterfragen – ohne Ausnahme. Und der Kantonsrat muss die eigenen Interessen von Verbänden, Regionen oder auch Parteien hintanstellen. Der Staat kann übrigens auch Ausgaben senken, indem er seine Effizienz steigert.

Warum tun sich Parlamente grundsätzlich schwer damit, Ausgaben zu senken?

Wer verzichtet schon gerne freiwillig? Wer möchte dem Volk etwas Liebgewonnenes wegnehmen? Zudem ist es nicht das eigene Geld und die Politikerinnen und Politiker in den Parlamenten möchten doch wiedergewählt werden.

Wie kann der Freisinn dazu beitragen, dass der Kanton seine Ausgaben massgeblich eindämmt?

Die Politik sollte neue Aufgaben des Staates oder die Ausweitung von bestehenden Aufgaben nur mit Zurückhaltung angehen. Jeder neue im Parlament angenommene Auftrag bindet wieder neue, zusätzliche Ressourcen.

Der Bund muss sparen. Der Kanton muss sparen. Wird nun der Druck auf die Gemeinden umso grösser?

In den Gemeinden wird meines Erachtens gut gearbeitet, die Verantwortlichen schauen aufs Geld. Finanziell sind die meisten Solothurner Gemeinden gut unterwegs; letztlich bestimmt die Gemeindeversammlung, wie der Steuerfranken konkret verwendet wird.

Sie sind im Gemeinderat von Breitenbach für die Finanzen verantwortlich. Wie steht Ihre Gemeinde finanziell da?

Wir konnten unsere Pro-Kopf-Verschuldung von 5000 Franken in den 2000er-Jahren auf null reduzieren. Dank diesem Effort konnten wir vor sechs Jahren den Schulhausneubau mit einer Bausumme von 13 Mio. Franken stemmen. Ich gab damals das Versprechen ab, die Steuern nicht zu erhöhen. Der Steuerfuss beträgt daher nach wie vor 113 Prozent. Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt bei 2300 Franken und die Steuerkraft ist eher schwach. Wir haushalten jedoch sorgfältig.

Welche Entwicklungen bereiten Ihnen im Hinblick auf die Gemeindefinanzen am meisten Sorgen?

Die Bevölkerung wird immer älter. Das wird die Kosten im Bereich der Pflege und im Sozialen in die Höhe treiben. Die Ergänzungsleistungen und Pflegekosten werden die Gemeinden immer stärker belasten.

Sollten die Solothurnerinnen und Solothurner mehr Lotto spielen?

Nun, der Reinerlös käme anteilmässig dem Lotteriefonds zugute. Ich bevorzuge eher Lösli bei einem Fest des Turnvereines oder der Brassband.

Adriana Marti-Gubler, Parteisekretärin

Zur Person

Christian Thalmann (51) sitzt seit 2007 für die FDP.Die Liberalen im Kantonsrat und ist Vizepräsident der Finanzkommission. Er ist als Leiter Finanzen der Bandfabrik Breitenbach AG tätig. Im Schwarzbubenland kennt man Christian Thalmann als aktiven Fasnächtler und leidenschaftlichen Sänger im Kirchenchor. An einem sonnigen Sonntag zieht es den Schwarzbuben frühmorgens aus den Federn, um mit Wanderschuhen und Rucksack den Jura zu erkunden.

Bild Michel Lüthi, bilderwerft.ch



In der Verantwortung

Präsidiale Gedanken

«Panik bei den Superreichen» und «Milliardenfehler bei der AHV». Diese zwei Schlagzeilen haben die Medien diesen Sommer beschäftigt. Die Jungsozialisten fordern eine nationale Erbschaftssteuer von 50 Prozent auf Vermögen von über 50 Millionen Franken. Die Folgen dieses radikalen Vorschlages wären eine Aushöhlung der verfassungsmässigen Eigentumsgarantie und ein enormer Verlust an Wohlstand in unserem Land. Betroffen von der Initiative wären eben nicht nur die paar wenigen «Superreichen», wie uns das die Initianten weismachen wollen. Vielmehr wären zahlreiche KMUs und Familienunternehmen in ihrer Existenz bedroht.

Eine Jungpartei kann und darf radikale, utopische Forderungen stellen. Das ist das Recht der Jugend. Und durch das sollten wir uns nicht ins Bockshorn jagen lassen und auf die Weisheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger vertrauen. Befremdlich an der Sache ist jedoch, dass die versammelten Linken, die Grünen wie auch die SP, dieses für unser Land schädliche Ansinnen unterstützen und damit den Wohlstand von uns allen und den sozialen Staat in Frage stellen. Die SP gehört seit 1943 der Landesregierung an, die Grünen fordern einen Bundesratsplatz. Mit Brigit Wyss und Susanne Schaffner sitzen SP und Grüne auch in unserem Kanton in der Regierung.

Und jetzt sind wir bei der zweiten Schlagzeile dieses Sommers gelandet, beim 4-Milliarden-Rechnungsfehler in der AHV-Kasse. Seit vielen Jahren

werden dieses Amt und das politisch dafür verantwortliche Departement durch Sozialdemokraten kontrolliert. Entsprechend stehen Bundesrätin Baume-Schneider und mit ihr ihre Partei in der politischen Pflicht. Genau gleich verhält es sich bei der überfälligen Reform der 2. Säule, über welche wir im September abstimmen. Aber anstatt politische Verantwortung für dieses Sozialwerk zu übernehmen, macht die SP auf Fundamentalopposition. In den Verantwortungsbereich der SP-Bundesrätin und ihres Vorgängers fallen auch die Krankenversicherungen. Damit stehen die Sozialdemokraten auch für die stets steigenden Krankenkassenprämien in der Verantwortung. Das Krankenversicherungsgesetz wurde in den letzten 20 Jahren über 40-mal revidiert. Und trotzdem steigen die Prämien rasant und sind für viele Familien unbezahlbar geworden.

«Zahlreiche KMUs und Familienunternehmen wären in ihrer Existenz bedroht.»

In unserem Kanton sieht es leider nicht viel besser aus. Wer in Olten einen Hausarzt suchen muss, findet keinen. Über die Hälfte der Hausärztinnen und Hausärzte in unserem Kanton gehen in den kommenden Jahren in Pension. Auf Physiotermine muss wochenlang gewartet werden. Kinderärztinnen sind Mangelware. Wir erleben einen veritablen Notstand im Bereich der medizinischen Grundversorgung. In der politischen und rechtlichen Pflicht für eine medizinische Grundversorgung steht mit Regierungsrätin Susanne Schaffner auch hier eine Sozialdemokratin. Genau gleich wie bei den diversen offenen Fragen rund um die soH oder die versprochenen Krankenkassenprämien dämpfenden Massnahmen. Seit über einem Jahr wird an einer entsprechenden Verordnung gewerkelt, eine Lösung ist nicht in Sicht.

Regieren heisst in unserem politischen System Verantwortung übernehmen. Sowohl für das eigene Departement wie auch für die Beschlüsse des Bundes- oder eben Regierungsrates. Da verträgt es sich schlecht, vor allem pubertäre Opposition zu betreiben, an den Ästen unseres Wohlstandes und Zusammenhaltes zu sägen und am 1.-Mai-Umzug höhere Löhne zu fordern. Verantwortung tragen heisst, die Ärmel hochzukrempeln und im politischen Tagesgeschäft nach Lösungen zu suchen. Hinschauen bei der soH, überregionale Spitalkoordination, ein runder Tisch mit Apothekerinnen, Spitex, Physio und Ärztesverband gegen den medizinischen Notstand oder eine Ausbildungsinitiative für Hausärztinnen wären das Gebot der Stunde für unsere Gesundheitsdirektorin. Und die Regierungsratsauglichkeit der SP und der Grünen wird sich daran zeigen, wie weit die beiden Fraktionen im kommenden Herbst das Sparpaket unserer Regierung mittragen werden und damit Verantwortung für einen gesunden Kanton Solothurn zu übernehmen bereit sind.

Mit frohem Gruss,
Stefan Nünlist

Bild Michel Lüthi, bilderwerft.ch



Zwei Freisinnige auf Achse

Landammann und Kantonsratspräsident

Sie sind in diesem Jahr das Gesicht der FDP. Die Liberalen im Kanton Solothurn: Marco Lupi tingelt als Kantonsratspräsident von Anlass zu Anlass. Und auch Landammann Peter Hodel ist viel unterwegs und gratuliert den 100-Jährigen zum Geburtstag. So erleben sie ihr Amt.

«Ja, es ist eine Mehrbelastung», da sind sich Kantonsratspräsident Marco Lupi und Landammann Peter Hodel einig. Sie bilden in diesem Jahr die FDP-Doppelspitze des Kantons Solothurn. Lupi besucht als höchster Solothurner gegen 100 Anlässe. Und auch Peter Hodel nimmt viele repräsentative Aufgaben wahr. Er überbringt den 100-Jährigen im Kanton die Glückwünsche des Regierungsrates und durfte beispielsweise Anfang August die Botschafterin von Irland und den Botschafter von Schweden im Attisholz-Areal begrüßen.

Zum Glück – und das ist in FDP-Kreisen bestens bekannt – sind Hodel und Lupi zugänglicher und

geselliger Natur. Sie mischen sich gerne unter die Leute. «Die zusätzlichen Begegnungen mit interessanten Menschen, Institutionen und Organisationen sind eine wirklich grosse Bereicherung und wiegen die Mehrbelastung auf jeden Fall auf», sagt der Finanzdirektor aus Schönenwerd. Lupi ergänzt: «Ich wurde bislang überall sehr offen und herzlich empfangen, das ist eine sehr schöne Erfahrung.»

Positives Bild der FDP

Natürlich wollen die beiden die vielen öffentlichen Auftritte auch für unsere Partei nutzen. «Wir haben viele Möglichkeiten, mit unserer umgänglichen

Art ein positives Bild der FDP abzugeben», so Lupi. Die beiden sind freisinnig durch und durch. Die traditionellen Werte des Freisinns – Fortschritt, Freiheit und Eigenverantwortung – spielen in ihrer täglichen Bütz als Landammann bzw. Kantonsratspräsident denn auch eine grosse Rolle. Sie wollen nicht Probleme bewirtschaften, sondern Lösungen suchen. «Mir ist es wichtig, im Regierungsrat mit Verhandlungsgeschick und dem Blick fürs Ganze zu wirken», sagt Hodel. Und Lupi stösst ins gleiche Horn: «Als liberal denkende Person gehe ich offen auf die Menschen zu, höre mir ihre Anliegen an und nehme diese ernst.»

Kompromissbereitschaft gefordert

Die Aufgaben des Landammanns und des Kantonsratspräsidenten ähneln sich vor allem in einem Punkt: Sie leiten anspruchsvolle Debatten – Hodel die wöchentlichen Sitzungen des Regierungsrates und Lupi die Diskussionen im Parlamentssaal. «Man muss stets zuhören und bereit sein, um nötigenfalls einschreiten zu können», sagt Lupi.

Der Politikultur im Kanton Solothurn stellen die beiden Kenner grundsätzlich ein gutes Zeugnis aus: «In ganz wenigen Momenten wird die Grenze geritzt», sagt Hodel. «Aber nur mit einem respektvollen und wertschätzenden Dialog bringen wir den Kanton weiter.» Lupi fordert dabei mehr Kompromissbereitschaft: «Es ist gerade der Kompromiss, der uns als Gemeinschaft weiterbringt.» Und gerade deshalb braucht es starke freisinnige Persönlichkeiten im Kantons- und Regierungsrat.

Adriana Marti-Gubler, Parteisekretärin

Marco Lupi

Der Stadtsolothurner (47) sitzt seit 2016 für die FDP im Kantonsrat und von 2005 bis 2021 Mitglied im Gemeinderat. Er ist als Leiter Marketing/Verkauf bei der GA Weissenstein AG tätig. Er ist verheiratet und Vater einer halbjährigen Tochter. In der Kantonshauptstadt ist Lupi unter anderem als aktiver Fasnächtler der Narrenzunft Honolulu bekannt.

Peter Hodel

Der Schönenwerder (57) hat 2021 den zweiten Regierungsratssitz für die FDP zurückgeholt. Als Finanzdirektor wacht er über die Einnahmen und Ausgaben des Kantons. Peter Hodel ist verheiratet und Vater einer zwölfjährigen Tochter. Wenn ihm etwas Freizeit bleibt, kocht er ganz gerne. Und natürlich ist er auf seinem Bauernhof auch mal in Arbeitsmontur etwa beim Heuen anzutreffen.

Bild Michel Lüthi, bilderwerft.ch



Standing Ovations und viel Einigkeit

Delegiertenversammlung vom 14. August 2024

Die Delegierten unserer Kantonalpartei haben sich im Parktheater in Grenchen – die einzige Stadt im Kanton Solothurn, die in freisinniger Hand ist – über die kommenden Abstimmungsvorlagen gebeugt. Zudem wurde die langjährige Geschäftsstellen-Mitarbeitende Iris Kofmel mit einer stehenden Ovation verabschiedet.

Ist die Biodiversitätsinitiative nun extrem oder nicht? Gastreferentin Nicole Hirt (glp) versuchte die über 100 Delegierten davon zu überzeugen, dass die Initiative eben gerade nicht extrem ist. Sie hatte allerdings einen schweren Stand: Bei der Schlussabstimmung gab es keine einzige Ja-Stimme für die Biodiversitätsinitiative. Bei zwei Enthaltungen schickten unsere Delegierten die Vorlage wuchtig bachab und folgten damit FDP-Kantonsrat Markus Dietschi. Er zeigte schlüssig auf, dass die Initiative die Energieversorgung gefährdet oder auch die Lebensmittelproduktion schwächt.

Dreimal Ja

Auch in den weiteren Abstimmungen waren sich die Delegierten grossmehrheitlich einig: Sie sagten Ja zur BVG-Reform, von der vor allem Teilzeitarbeitende sowie junge und auch ältere Arbeitnehmende profitieren, wie FDP-Kantonsrat Daniel Probst erklärte. Sie sagten zudem einstimmig Ja zur Verfassungsänderung des Kantons Solothurn betreffend die Solothurnische Gebäudeversicherung. Die Ablehnung dieser Vorlage würde die Einführung des Gebäudeversicherungsgesetzes gefährden, wie SGV-Direktor Markus Schüpbach ausführte. Und abschliessend befürworteten die Delegierten auch die Verfassungsänderung, welche die Anstellungsbehörde für die Staatsschreiberin

oder den Staatsschreiber neu regelt. 13 Delegierte sprachen sich dagegen aus. FDP-Kantonsrätin Sabrina Weisskopf stellte diese Vorlage kurz und knapp vor.

Ausblick Wahlen 2025

Felix Hug, Chef Personelles unserer Kantonalpartei, hat die Delegierten auf die Regierungs- und Kantonsratswahlen 2025 eingeschworen: «Wir haben ein Wahlkampfteam, wir sind im engen Kontakt mit unserer Agentur und wir haben ein Budget. Wir können loslegen.» Der Parteivorstand wird zuhanden der Delegiertenversammlung vom 25. September 2024 vorschlagen, mit welchen Kandidierenden die FDP. Die Liberalen in dieses Rennen steigen soll. Die Nomination von Finanzdirektor Peter Hodel ist dabei reine Formsache. Unser Präsident Stefan Nünlist machte deutlich: «Wir erreichen unser Ziel, unsere zwei Regierungssitze zu verteidigen, nur, wenn wir uns geeint hinter die Kandidierenden stellen. Es gibt keinen Platz für Machtspiele.»

Adieu Andreas Eng und Iris Kofmel

Stefan Nünlist würdigte die Arbeit von Staatsschreiber Andreas Eng, der jüngst seine Demission per Ende Legislaturperiode bekannt gab. «Seit 16 Jahren führt er sein Amt mit viel Umsicht

sowie staats- und verwaltungsrechtlichem Sachverstand aus.

Adieu sagt auch Iris Kofmel, Leiterin Administration der Geschäftsstelle. Vermutlich hatten alle FDP-Mitglieder im Kanton Solothurn schon einmal Kontakt mit ihr. Sie war fast zehn Jahre lang die gute Seele auf der Geschäftsstelle – und vor allem auch am HESO-Stand der FDP. Sie wurde von Franziska Hochstrasser herzlich und gebührend verabschiedet – und erhielt zum Abschluss Standing Ovations von den Delegierten. Ebenfalls verabschiedet wurde Käthi Bieri. Sie hat die Geschäftsstelle in den letzten Jahren tatkräftig unterstützt.

Die Geschäftsstelle findet sich damit ab September in komplett neuer Zusammensetzung: Stefan Nünlist stellte das neue Trio mit Adriana Marti-Gubler (Geschäftsführerin), Angela Bader (Wahlkampfleiterin) und Emrecan Deger (Leiter Administration) vor.

Adriana Marti-Gubler, Parteisekretärin

In Kürze: Parolen

- Biodiversitätsinitiative: Nein
- BVG-Reform: Ja
- Verfassungsänderung (KV); Solothurnische Gebäudeversicherung: Ja
- Verfassungsänderung (KV); Anstellungsbehörde für die Staatsschreiberin oder den Staatsschreiber: Ja

Nächste Delegiertenversammlungen

- 25. September 2024, Bellach
- 23. Oktober 2024, Härkingen



Jungfreisinn zu Besuch bei Ypsomed

Der Einblick ins lokale Gewerbe und der Austausch mit Unternehmerinnen und Unternehmern ist uns sehr wichtig. Daher verknüpfen wir unsere Events, wenn immer möglich, mit einem Unternehmensbesuch.

Im August besuchten wir mit einer Gruppe von Jungfreisinnigen das international tätige Schweizer Medizintechnik-Unternehmen Ypsomed in Solothurn. CEO und Nationalrat Simon Michel gab uns exklusive Einblicke hinter die Kulissen des Unternehmens inklusiv eines Rundgangs in der Produktion.

In einem zweiten Teil erzählte uns Simon von seinem Alltag und den Herausforderungen als Geschäftsführer und Nationalrat. In einem Erfahrungsaustausch konnten wir wertvolle Inputs aus dem Unternehmertum und der Politik mitnehmen.

Gelungener Grillevent in Olten

Neben den politischen Anlässen organisieren wir jährlich einen Grillevent, um interessierten jungen Menschen einen ungezwungenen Einblick in unsere Jungpartei zu geben. Der schöne Sommerabend an der Aare in Olten war ein voller Erfolg und wir sind top motiviert, in den nächsten Wochen in den Wahlkampf zu starten.

Melanie Racine, Präsidentin



Ehrenmitgliedschaft

Wir freuen uns, dich über unsere aktuellste Statutenänderung zu informieren: Als Solothurner Freisinnige(r) über 35 Jahre hast du neu die Möglichkeit, Ehrenmitglied der Jungfreisinnigen Kanton Solothurn zu werden. Eine ehemalige Mitgliedschaft bei den JFSO ist hierfür nicht notwendig.

Deine Vorteile:

- Geniesse als Ehrenmitglied Zutritt an sämtliche Parteianlässe der Jungfreisinnigen Solothurn.
- Du hast das Recht, Anträge an unseren Vorstand zu stellen – deine liberalen Ideen und Vorschläge sind willkommen.
- Fördere und vernetze dich mit der liberalsten Jungpartei im Kanton Solothurn.

Profitiere und unterstütze uns noch heute unter jfs.ch/ehrenmitgliedschaft – wir freuen uns!



Viele teilzeitbeschäftigte Frauen werden von der BVG-Reform profitieren.



Die freisinnigen Frauen sagen JA zur BVG-Reform

Abstimmung vom 22. September 2024

«Die Reform verbessert insbesondere die Situation von Teilzeitarbeitenden.»

Ein kurzer Überblick über die berufliche Vorsorge, die notwendige Reform und die daraus entstehenden Vorteile für die Frauen.

Die berufliche Vorsorge (BVG) – oder auch Pensionskasse – ist die zweite Säule des Schweizer Dreisäulensystems und dient als Ergänzung zur ersten Säule. Die Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden zahlen während der Erwerbstätigkeit Sparbeiträge in die Pensionskasse ein, welche verzinst werden und bei der Pensionierung bezogen werden. Die Auszahlung erfolgt entweder in Kapitalform oder in einer lebenslangen Rente.

Das Bundesgesetz für die berufliche Vorsorge definiert nur das Obligatorium. Dies betrifft Löhne ab der jetzigen Eintrittsschwelle von 22 050 bis zum oberen Grenzbetrag von 88 200 Franken. Einkommen darunter sowie darüber sind nicht betroffen. Auch die abzustimmende BVG-Reform bewegt sich in diesem Rahmen und betrifft nur die obligatorische Versicherung.

Die heutigen Renten sind aufgrund der steigenden Lebenserwartung und den Schwankungen auf den Kapitalmärkten schon länger unter Druck. Das Parlament hat im März 2023 die BVG-Reform verabschiedet. Linke Parteien und die Gewerkschaften haben aber das Referendum ergriffen, weswegen die Vorlage am 22. September 2024 zur Abstimmung vor die Urne kommt.

Die erwartenden Auswirkungen der BVG-Reform auf die Arbeitnehmenden kann man in vier Punkten wesentlich darstellen:

1. Senkung Mindestumwandlungssatz von 6,8% auf 6,0%

Dies ist eine notwendige Massnahme, um sicherzustellen, dass die Renten trotz der gestiegenen Lebenserwartung weiterhin finanzierbar bleiben, ohne die Erwerbstätigen übermässig zu belasten. Für die Übergangsgeneration sind grosszügige Rentenzuschläge vorgesehen, um einschneidende Renteneinbusse zu vermeiden.

2. Glättung der BVG-Altersgutschriften

Die Altersgutschriften für ältere Arbeitnehmende werden gesenkt, was die Lohnkosten für Arbeitgeber reduziert. Dadurch wird die Anstellung und Weiterbeschäftigung von über 55-Jährigen für die Arbeitgeber attraktiver und zuletzt wird so auch die Altersarbeitslosigkeit gesenkt.

3. Senkung der Eintrittsschwelle

Damit eine Person heute obligatorisch in der Pensionskasse versichert ist, muss sie einen Jahreslohn von mindestens 22 050 Franken erwirtschaften. Die Eintrittsschwelle wird neu auf 19 845 Franken gesenkt, wodurch mehr Erwerbstätige, vor allem Teilzeitarbeitende und Mehrfachbeschäftigte, in die berufliche Vorsorge aufgenommen werden. Mittels der Reform werden 100 000 Einkommen neu versichert.

4. Reduktion des Koordinationsabzuges

Derzeit gibt es einen fixen Koordinationsabzug von 25 725 Franken. Neu sollen 20 Prozent des AHV-Lohnes versichert werden. Dies verbessert insbesondere die Situation von Teilzeitbeschäftigten, da sich dadurch ihr versichertes Vermögen in der Vorsorge erhöht.

Die Reform verbessert insbesondere die Situation von Teilzeitarbeitenden und damit auch von Personen mit tiefen Einkommen, was oft Frauen betrifft. Gerade in einer Zeit, in der viele Frauen aufgrund familiärer Verpflichtungen Teilzeit arbeiten, ist diese Verbesserung entscheidend für ihre finanzielle Sicherheit im Alter. Aus den genannten Gründen setzen sich die FDP Frauen Kanton Solothurn entschlossen für die BVG-Reform ein, um eine gerechtere und zukunftssichere Vorsorge auch für uns Frauen zu gewährleisten.

Nadine Racine

Weitere Informationen zur Reform finden Sie unter:



Pfister auf Einkaufstour

Kolumne

Es geht hier nicht um das bekannte Möbelgeschäft Pfister, sondern um Gerhard Pfister, Präsident der Mitte-Partei. Die Mitte tüfelt derzeit an ihrer Strategie für die Jahre 2025 bis 2033. Dazu hat sie dem Meinungsforschungsinstitut GFS den Auftrag erteilt, bei den Parteimitgliedern eine Umfrage zur Frage «Soll die Mitte mit der GLP fusionieren?» durchzuführen. Bevor diese Umfrage abgeschlossen war, äusserte sich Lukas Golder, Co-Leiter des Instituts, bereits in einer Zeitung zu diesem Thema, was nicht unbedingt für die Seriosität und Zuverlässigkeit dieses Unternehmens spricht. Die Medien, allen voran Radio und Fernsehen, ziehen bei allem und jedem von ihnen ernannte Experten, Wissenschaftler bei, weil es offensichtlich an eigenen Kenntnissen fehlt, und dann erst noch Wissenschaftler, die Resultate, wie Golder, bereits bekannt geben, bevor sie abgeklärt, geschweige denn erforscht worden sind.

Pfister war bereits erfolgreich an der Fusion der CVP mit der BDP beteiligt, was bei ihm Appetit angeregt hat. Bei den Nationalratswahlen 2023 hat die Mitte gesamthaft zwar nur ein Mandat gewonnen. Weil aber die FDP gleichzeitig ein Mandat verloren hat und zudem bis zum Vorliegen des definitiven Endergebnisses offenstand, ob die Mitte beim Wähleranteil nicht doch noch die FDP überbunden könnte – ein Szenario, das natürlich die Medien auch schon vorzeitig genüsslich ausgeschlachtet haben –, meldete die ehemalige CVP sofort ihren Anspruch auf den 2003 verlorenen zweiten Bundesratssitz an.

Daraus ist nichts geworden und der Traum vom zweiten Bundesratssitz ist ebenso aus eigener Kraft nicht zu schaffen. Deshalb geht Pfister auf die Einkaufstour und meint, er sei bei der GLP fündig geworden. Nach den ersten Reaktionen zeigt diese jedoch keine Lust auf ein solches «Geschäft». Dies würde sie auch tatsächlich vollständig in der Bedeutungslosigkeit verschwinden lassen. Bei den Wahlen 2023 haben die Grünliberalen fünf Sitze eingebüsst und kommen damit nur noch auf zehn. Das dürfte sich auch kaum ändern. Golder sieht es zwar anders. Für ihn sind die Schwierigkeiten der GLP nur eine «Momentaufnahme». Keine Partei repräsentiere die für «eine gut ausgebildete, international ausgerichtete und Technologie-affine junge Generation» die Bedeutung der Individualisierung und den Drang nach Selbstverwirklichung in



«Parteipolitik ist vor allem eine Frage der Gesinnung, der Haltung.»

einer globalen Wirtschaft so gut wie GLP, erklärte er gegenüber der NZZ schwulstig und salbungsvoll.

Zurück zur Realität. Die grüne Welle ist weiterhin am Abflauen. Die Klimapolitik dominieren zurzeit die Klimaaktivisten, von deren kriminellen Handlungen sich die Grünen immer noch nicht klar distanzieren können. Die GLP hat zudem ihre Frische, ihren Neuigkeitswert verloren. Weiterhin bleibt sie die Frage schuldig, wo sie denn politisch eigentlich steht. Damit würde sie allerdings nicht schlecht zur Mitte passen.

Es ist nicht wie in der Privatwirtschaft, wo für Fusionen Gewinnmaximierung, Synergieeffekte im Vordergrund stehen. Parteipolitik ist vor allem eine Frage der Gesinnung, der Haltung. Daran sollte man die Mitte und auch die GLP vor allem im nächsten Jahr messen, wenn es darum gehen wird, im Kanton und in den Gemeinden die Behörden für eine neue Amtsperiode zu wählen.

Urs Marti, Langendorf

Wechsel in den Ortsparteien

Gunzgen

Werner Berger (neu) für Roman Kamber

Riedholz

Michel Aebi (neu) für Dieter Schaffner

Wir danken den zurückgetretenen Ortsparteipräsidenten herzlich für ihren Einsatz und wünschen den neuen viel Freude in ihrem Amt.

AGENDA

Freitag, 20. bis Montag, 23. September

MIO, Olten

Freitag, 20. bis Sonntag, 29. September

HESO, Solothurn, Stand Nr. 509

Sonntag, 22. September

9 Uhr: HESO-Brunch

Eidgenössische und kantonale Abstimmung

Mittwoch, 25. September

19 Uhr: Kantonale Delegiertenversammlung

(Nomination Regierungsratskandidierende), Bellach

Montag, 30. September

19.30 Uhr: Supporter Club, Parlamentariergespräch, Hotel Sternen, Kriegstetten

Mittwoch, 23. Oktober

19 Uhr: Kantonale Delegiertenversammlung,

Härkingen

Freitag, 25. bis Sonntag, 27. Oktober

Zibelimäret, Oensingen

Dienstag, 5. November

12.45 Uhr: Apéroggespräch mit Kantonsangestellten und öffentliche Fraktionssitzung

Donnerstag, 7. November

19 Uhr: Abstimmungstreff FDP Frauen, Solothurn

Mittwoch, 20. November

Supporter Club, Jahresversammlung, Solothurn

Den Jahresterminkalender und Infos zu weiteren Anlässen finden Sie unter:

www.fdp-so.ch/aktuell/agenda/

FDP-Brunch an der HESO

Sonntag, 22. September, 9 bis 11 Uhr, im Zelt der Bio-Bauern im Schanzengraben (Halle 10). Preis:

Fr. 25.– pro Person (inkl. Getränke), Kinder bis 12 Jahre gratis. Anmeldung erforderlich bis Montag, 16. September, an das Parteisekretariat (info@fdp-so.ch). Aufgrund der beschränkten Anzahl Plätze werden die Anmeldungen nach Eingang berücksichtigt.

Irina Bannwart, Foto: Damian Moor



Wer bist du? Kannst du dich kurz vorstellen?

Irina Bannwart: Nach meinem Logopädie-Studium war ich acht Jahre als Logopädin und Schulleiterin in einer heilpädagogischen Schule tätig. Anschliessend wechselte ich in die Bildungsverwaltung, war als Projektleiterin und jetzt als Abteilungsleiterin der Stabsstelle eines Deutschschweizer Volksschulamtes tätig.

Warum bist du in der FDP?

Seit ich 16 Jahre alt bin, engagiere ich mich politisch. Meine Wirtschaftsmatur hat mich geprägt, in der Politik die liberalen Werte in den Fokus zu nehmen. Ich bin der Meinung, dass Bildung und Wirtschaft enger miteinander verbunden sind, als oft gedacht wird. Weiter setze ich mich für eine volksnahe FDP ein. Leider habe ich die Erfahrung gemacht, dass wir immer noch mit dem Klischee kämpfen, eine Ü50-Partei von Juristen und Unternehmern zu sein. Ich möchte dafür sorgen, dass auch Personen mit anderen beruflichen und sozialen Hintergründen sich von der FDP angesprochen fühlen.

Du bist Leiterin der Stabsstelle eines Deutschschweizer Volksschulamtes. Gibt es da Spannungen, was dein politisches Engagement, gerade auch im Bildungsbereich angeht?

Ich trenne klar zwischen meinen politischen Aktivitäten und meiner beruflichen Rolle. Ich habe immer offen über meine politische Tätigkeit gespro-

chen, auch bei Vorstellungsgesprächen. Als Abteilungsleiterin der Stabsstelle arbeite ich politisch neutral und lasse meine Parteipräferenzen nicht in meine Arbeit einfließen. Gleichzeitig muss ich sagen, dass die Grundausrichtung meiner beruflichen Tätigkeit gut zu meinen liberalen Werten passt. Ansonsten würde ich nicht hier arbeiten.

Du warst auch Teil der Expertenkommission aus den Kantonen für das Bildungspapier der FDP Schweiz, das von den Delegierten am 22. Juni 2024 angenommen wurde. Wie lief die Entwicklung dieses Papiers ab?

Die Arbeitsgruppe wurde von der FDP Schweiz gegründet und bestand aus Mitgliedern aus verschiedenen Kantonen. Sabina Freiermuth, die Aargauische Kantonalpräsidentin lud mich als Fachexpertin aus dem Kanton Aargau in die Gruppe ein.

Wir begannen unsere Arbeit mit einer Online-Besprechung, in der wir uns über grundlegende Bildungsthemen austauschten und den Entwurf des Bildungspapiers diskutierten. Schon in dieser Sitzung konnten wir Änderungsvorschläge einbringen. In einer zweiten Runde wurde über diese Vorschläge abgestimmt. Ich war sehr aktiv, brachte viele Anträge ein und war begeistert, dass sich die FDP intensiv mit dem Thema Bildung auseinandersetzte. Ich dachte mir: «Wenn ich schon mitmache, dann gebe ich Vollgas.» Danach folgten schriftliche Rückmeldungen und Stellungnahmen,

«Es ist erfrischend zu erleben, dass es in der FDP mehr Bildungspolitiker gibt, als oft angenommen wird.»

bis das Bildungspapier für die Delegiertenversammlung vorbereitet war.

Wer war da dabei in der Arbeitsgruppe?

Wir waren 25 Personen, darunter ehemalige Rektoren, Leute aus der Praxis, Fachleute aus der Bildungsverwaltung und Schulpflege sowie Mitglieder von Bildungskommissionen in Gross- oder Kantonsräten.

Anmerkung der Redaktion: Alle Kantone waren eingeladen, ihre Delegationen für die Arbeitsgruppe zu melden. Auch die Bildungsdirektorinnen und -direktoren der FDP sowie Regierungsrat Conrardin Cramer (FDP/BS) wurden in den Prozess einbezogen.

Gab es Unterschiede zwischen den Sprachregionen oder auch zwischen Kantonen?

Je nach Kanton sind andere Voten gekommen. Jeder Kanton hat mit den Volksschulen andere Bedürfnisse. Umso positiver ist, dass man sich auf das Papier einigen konnte.

Welche spezifischen Fehlentwicklungen siehst du aktuell in der Volksschule?

Der Lehrplan umfasst viele Fächer und fördert die Schüler in verschiedenen Bereichen. Am Ende der Schulzeit stellt man jedoch fest, dass grundlegende Fähigkeiten wie das Schreiben einer Bewerbung oder einer E-Mail fehlen. Dieser Umstand ist für die Ausbildung und das weitere Leben der jungen Menschen problematisch.

Die Forderung nach Grundkompetenzen darf nicht nur auf fremdsprachige Schüler abgewälzt werden; alle Schüler brauchen diese Fähigkeiten. Fremdsprachige Schüler haben oft zusätzliche Herausforderungen. Und ein gewisses Mass an Sprache sollte sicherlich vorhanden sein, um dem Unterricht folgen und den Unterrichtsstoff aufnehmen zu können. Die Sprachverarmung ist ein allgemeines gesellschaftliches Problem, weil die angewendete Sprache von Social Media auf den alltäglichen

Irina Bannwart während der Diskussion und Beantwortung der Fragen zum Bildungspapier an der Delegiertenversammlung am 22. Juni 2024 in Möriken-Wildegg. Foto: Damian Moor



Sprachgebrauch abfährt – nicht unbedingt im Positiven.

Wie geht es jetzt weiter in eurer Arbeitsgruppe?

Es wäre schade, wenn diese Gruppe aufgelöst würde. Es ist wertvoll, zu sehen, wie andere Kantone und Bildungspolitikerinnen und -politiker arbeiten und ein gemeinsamer Austausch ist wertvoll. Es ist erfrischend zu erleben, dass es in der FDP mehr Bildungspolitiker gibt, als oft angenommen wird. Viele liberale Menschen sind im Bildungssektor aktiv, obwohl Bildung häufig als ein eher «linkes» Thema angesehen wird. Die Reaktionen auf das Bildungspapier zeigen, dass es viele Menschen im Bildungsbereich gibt, die nicht einfach nur eine linke Haltung haben.

Du bist selbst im Wahlkampf als Grossrätin für den Bezirk Zofingen. Was ist deine Botschaft?

Der Abbau von Bürokratie an Schulen ist mir ein

wichtiges Anliegen. Lehrpersonen sollten sich wieder auf den Unterricht konzentrieren können, ohne von administrativen Prozessen zwischen Verwaltung, Schule, Lehrpersonen und Schulleitung abgelenkt zu werden.

Welche Forderungen des Bildungspapiers liegen dir besonders am Herzen?

Aus meiner Sicht hat die Schule eine zentrale Aufgabe mit dem Sicherstellen von Tagesstrukturen oder Tagesschulen. Damit lässt sich Beruf und Familie besser vereinbaren. Das hat einen direkten Einfluss auf die Berufstätigkeit der Frauen. Hier zeigt sich die Schnittstelle zwischen Schule und Wirtschaft.

Ein weiteres Anliegen ist mir, dass Eltern ihren Erziehungsauftrag wahrnehmen und mit der Schule zusammenarbeiten. Die Schule hat einen Bildungsauftrag, der Erziehungsauftrag liegt bei den Eltern. Beide Aufgaben müssen Hand in Hand ge-

«Selbst die kritischen Stimmen waren froh, dass Themen der Bildung von einer nationalen Partei angesprochen und zur Diskussion gestellt werden.»

hen, und die Eltern sollten sich dessen bewusst sein. Dies betrifft nicht nur, wie oft fälschlicherweise angenommen, nur fremdsprachige Eltern. Es ist wichtig, alle Familien zu erreichen – sowohl aus sozioökonomisch schwächeren als auch aus wohlhabenderen Haushalten. Letztere können teilweise mit rechtlichen Schritten gegen Zeugnisse oder Entscheidungen der Lehrpersonen die Zusammenarbeit genau so schwierig gestalten.

Wie waren die Reaktionen auf die Veröffentlichung des Bildungspapiers?

Nach den medialen Berichten habe ich sowohl positive als auch negative Rückmeldungen erhalten, auch aus meinem bildungsnahen Umfeld. Etwa 80 Prozent der Reaktionen waren positiv. Selbst die kritischen Stimmen waren froh, dass Themen der Bildung von einer nationalen Partei angesprochen und zur Diskussion gestellt werden.

Gibt es sonst noch etwas, was du der FDP-Basis mitteilen möchtest?

Es ist wichtig, sich zu engagieren – auch im Kleinen kann man etwas bewirken, selbst als Mitglied in einer Ortspartei. Entscheidend ist, dass man sich mit Politik auseinandersetzt. Unser einzigartiges Schweizer System lebt davon, dass die Menschen sich mit verschiedenen Themen beschäftigen und aktiv mitbestimmen, sei es durch Wählen oder Abstimmen.



350 Delegierte stimmten am 22. Juni 2024 dem Bildungspapier für die Volksschule zu. Foto: Damian Moor



Das Interview führte Eveline Würigler, Redaktionsleiterin «Freisinn».

Bild: Adobe Stock / Contrastwerkstatt



Volksschule am Anschlag: Zurück zum Bildung

17 Handlungsfelder für eine chancengerechte und zukunftsorientierte Bildung unserer Kinder

Unsere Volksschule ist für den Kitt in der Gesellschaft, die Wirtschaft und den Erfolg der Schweiz von allergrösster Bedeutung. Nur wenn es uns gelingt, Kinder und Jugendliche aus verschiedenen gesellschaftlichen Schichten fundiert und praxisnah auszubilden, sind wir in der Lage, unser Land in eine gute Zukunft zu führen. Das liberale Erfolgsmodell setzt voraus, dass jeder und jede die Möglichkeit zum sozialen Aufstieg hat. Das wiederum ist nur mit einer soliden Ausbildung möglich. Dieses Erfolgsmodell ist seit jüngster Zeit gefährdet. Trotz des täglichen und unermüdlichen Einsatzes vieler Lehrerinnen und Lehrer, sowie weiterer Fachpersonen, gerät die Volksschule in verschiedenen Kantonen und Gemeinden zunehmend an den Anschlag. Es ist an der Zeit, einige Fehlentwicklungen zu korrigieren.

1 Grundkompetenzen, Grundkompetenzen, Grundkompetenzen

Die Volksschule muss sich heute mit allen möglichen gesellschaftlichen Themen befassen und hat allzu oft nicht mehr die Zeit, ihre Hauptaufgabe zu erfüllen: die Vermittlung der Grundkompetenzen. Mit Lesen, Schreiben und Rechnen

erhalten die Kinder ein stabiles Fundament, das sie befähigt, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und aktiv an der Demokratie teilzunehmen.

2 Die integrative Schule erreicht die Ziele nicht

In der Praxis hat sich die integrative Schule

zu wenig bewährt. Sie benachteiligt unter den gegebenen Voraussetzungen die lernschwachen Kinder und hindert den Regelunterricht. Integration ist erstrebenswert, aber Inklusion um jeden Preis ist nicht zielführend.

3 Schulnoten bleiben erhalten

Die FDP fordert ein transparentes und einfach anwendbares Bewertungs- und Beurteilungssystem, das die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler abbildet und Vergleiche ermöglicht. Es ist wichtig, die Fortschritte der Schulkinder zu überprüfen. Ideologisch motivierte Versuche, Noten abzuschaffen, sind abzulehnen.

4 Fremdsprachige Schülerinnen und Schüler erhalten Intensivkurse der Unterrichtssprache, bevor sie in eine Regelklasse wechseln

Kinder, welche die Unterrichtssprache (noch) nicht beherrschen, sind oft überfordert und beanspruchen die erhöhte Aufmerksamkeit der Lehrpersonen, so dass weniger Ressourcen für die anderen Kinder übrig bleiben und der Regelunterricht zu



ten Schritt kritisch hinterfragt werden, auf welche Berichte und Formulare verzichtet werden kann.

8 Leistung muss sich lohnen – auch bei Lehrpersonen

Viele Schulen leiden unter akutem Fachkräftemangel. Die Politik und die Schulen müssen Anreize und Strukturen schaffen, damit Lehrpersonen vermehrt ihre Pensen erhöhen: Unterstützen die Schulleitungen, heterogene Klassenzusammensetzungen zur Vermeidung hoch belasteter Klassen innerhalb einer Schule, Weiterbildung in der unterrichtsfreien Zeit, um die Schulwochen nicht zusätzlich zu befrachten, sowie die Vermeidung von Belastungsspitzen während der Schulwochen können dazu beitragen, dass Lehrerinnen und Lehrer wieder vermehrt Vollzeit arbeiten.

9 Stoppt die Bildungsbürokraten und stärkt die Lehr- und Fachpersonen

Innovationen entstehen in der Praxis und nicht in den Amtsstuben. Wir müssen den Ideenwettbewerb der einzelnen Schulen fördern und nicht durch Paragraphen verhindern. Wichtige Entschiede müssen dort gefällt werden können, wo mit den Kindern gearbeitet wird. Die Lehrperson – und nicht ein Funktionär oder Berater – weiss am besten, was seine Schülerinnen und Schüler brauchen, um die Bildungsziele zu erreichen.

10 Pädagogische Hochschulen

Die Ausbildung (Grundausbildung, Weiterbildungen) an der pädagogischen Hochschule bereitet das (angehende) Lehrpersonal auf den Schulalltag vor. Die Lehrpläne sind realitätsnah und praxisorientiert auszugestalten.

11 Keine Smartphones im Unterricht auf Primarschulstufe

Smartphones und andere elektronische Geräte (bspw. Smartwatches) beeinträchtigen die Aufmerksamkeit, das Lernen und die sozialen Beziehungen. Sie sind während des Unterrichts auszuschalten und wegzulegen.

12 Digitalisierung: Chancen nutzen, Risiken erkennen

Neben den vielen Vorteilen der Digitalisierung weisen Forschungsergebnisse inzwischen auch auf negative Auswirkungen auf den Wissenserwerb hin. Der Einsatz von digitalen Hilfsmitteln in der Schule muss überlegt und gezielt erfolgen und laufend den wissenschaftlichen Erkenntnissen angepasst werden.

13 Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Zur Stärkung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bieten die Schulen

Tagesstrukturen an. Die Angebote sind freiwillig und kostengünstig auszugestalten.

14 Bildungswege aufzeigen

Kinder und Jugendliche erhalten die Möglichkeit, ihre eigenen Fähigkeiten und die ganze Breite der Berufswelt zu entdecken. Dazu werden die Vorteile der verschiedenen Bildungswege (Berufslehre, Berufsmaturität, Gymnasium etc.) den Kindern und Eltern frühzeitig und neutral vermittelt. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf die Vermittlung von schweizerischen Besonderheiten (z. B. duales Bildungssystem) für zugezogene Eltern und Kinder gelegt.

«Die integrative Schule erreicht die Ziele nicht.»

kurz kommt. Bevor fremdsprachige Kinder in die Volksschule eintreten, ist der Fokus deshalb konsequent auf das Erlernen der lokalen Sprache zu setzen.

5 Die Erstsprache hat Priorität

Auf Primarschulstufe muss das Erlernen der Erstsprache Priorität haben. Die abnehmenden Sprachkompetenzen in den lokalen Landessprachen sind ein Alarmsignal und sprechen für sich. Zweit- oder Fremdsprachen sollen erst vermittelt werden, wenn sie nicht das Erlernen der lokalen Erstsprache beeinträchtigen.

6 Respekt im Schulzimmer

Anstand lässt sich bekanntlich nicht regulieren. Der Staat soll sich auch nicht in die elterliche Erziehung der Kinder einmischen. Doch gewisse Zustände in Schweizer Klassenzimmern sind unhaltbar. Das Lehrpersonal verdient Respekt – von den Kindern und von den Eltern. Für erfolgreiches Lernen braucht es Phasen der Ruhe und Struktur.

7 Weniger Formulare, mehr Unterricht

Die zunehmende Bürokratie an den Volksschulen muss auf das Wesentliche reduziert werden, denn sie geht zu Lasten des Kerngeschäfts: des Unterrichts. Dazu muss in einem ers-

15 Mehr Schweiz

Die Geschichte und das politische System der Schweiz dürfen nicht vernachlässigt werden. Nur wenn die Kinder und Jugendlichen unser Land verstehen, erhalten sie das Rüstzeug, um mündige und aktive Teilnehmende unserer Demokratie zu werden.

16 Keine Ideologie und woke Lehrmittel

Die persönliche politische Meinung bilden sich Kinder und Jugendliche selbst. Die Vermittlung des Unterrichtsstoffes erfolgt deshalb möglichst neutral und die Medienkompetenz sowie schliesslich das eigene Urteilsvermögen sind zu stärken.

17 Nulltoleranz gegenüber Intoleranten

Fundamentalismus hat keinen Platz an unserer Volksschule. Niemand darf sich unter Berufung auf seine kulturelle und religiöse Identität über andere stellen oder unsere offene Gesellschaft ablehnen.

Dies ist eine gekürzte Version des Positionspapiers, das am 22. Juni 2024 von der Delegiertenversammlung der FDP. Die Liberalen verabschiedet wurde. Die ganze Version finden Sie hier: www.fdp.ch/bildung

Simone Richner: Rechtsanwältin, Abteilungsleiterin, Stadträtin und Mutter.



«Meine Leidenschaft gilt der Verantwortung als Abteilungsleiterin und meiner Rolle als Mutter. Beides prägt mein Engagement für Gleichberechtigung und Freiheit.»

Als Mutter einer Tochter ist es mein grösster Wunsch, dass sie in einer Welt aufwächst, in der Gleichberechtigung nicht nur ein Ideal, sondern gelebte Realität ist. Ich möchte, dass sie die Freiheit hat, ihre Träume zu verfolgen, ohne sich durch Hindernisse eingeschränkt zu fühlen, die allein aufgrund ihres Geschlechts bestehen. Mein Engagement wird von den starken Frauen in meiner Familie inspiriert, die mir den Weg gewiesen haben. Meine Mutter, die mir bis heute tagtäglich Eigenständigkeit vorlebt, sowie meine Grossmutter, die als eine der ersten Frauen in der Schweiz einen Dokortitel in Rechtswissenschaften erwarb, und meine Tante, die als erste Staatsanwältin des Kantons Bern eine Pionierin war, haben mir gezeigt, was es bedeutet, für seine Überzeugungen einzustehen.

Wie lebst du Gleichberechtigung in deinem Familienalltag?

In unserem Familienalltag legen mein Partner und ich grossen Wert darauf, die Aufgaben im Haushalt und bei der Kinderbetreuung gleichberechtigt zu teilen. Wir beide arbeiten und es ist uns wichtig, dass unsere Tochter sieht, wie man Verantwortung miteinander teilt, und dass beide Elternteile gleichermaßen an ihrer Erziehung und ihrem Wohlbefinden beteiligt sind.

Was gelingt euch dabei gut?

Ich bin sehr stolz darauf, dass wir eine ausgewogene Balance zwischen unseren beruflichen und familiären Verpflichtungen gefunden haben. Diese Balance ermöglicht es uns, unsere Tochter in einem stabilen und unterstützenden Umfeld aufwachsen zu lassen, während wir beide beruflich erfolgreich sind. Es erfüllt mich mit Freude, zu sehen, wie sie in einem Umfeld aufwächst, das von Gleichberechtigung und gegenseitigem Respekt geprägt ist.

Gleichberechtigung im Alltag

Mama und Führungskraft

Wer bist du? Kannst du dich kurz vorstellen?

Simone Richner: Mein Name ist Simone Richner, ich bin 38 Jahre alt und habe das Glück, in meiner beruflichen Laufbahn als ausgebildete Rechtsanwältin und Abteilungsleiterin in einem kantonalen Amt Verantwortung für ein grossartiges Team von 73 Menschen zu tragen. Diese berufliche Rolle erfüllt mich sehr, doch noch bedeutender ist für mich meine Rolle als Mutter einer wunderbaren drei Jahre alten Tochter.

Wie bist du mit der FDP verbunden?

Ich bin aktuell Stadträtin in Bern und habe in der FDP sowohl auf städtischer als auch kantonaler Ebene in verschiedenen Funktionen mitgewirkt, unter anderem als Mitglied der Parteileitung und als Vizepräsidentin. Eine besondere Ehre war es, als erste Frau das Präsidium der Jungfreisinnigen im Kanton Bern zu übernehmen. Mein Herz schlägt für die Werte der Freiheit, Selbstverantwortung und Chancengleichheit – Grundsätze, die nicht nur mein politisches Engagement prägen, sondern auch meinen Alltag als berufstätige Mutter.

Was heisst für dich Gleichberechtigung?

Gleichberechtigung bedeutet für mich, dass jede und jeder unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder anderen persönlichen Merkmalen die gleichen Chancen verdient. Es geht darum, Hindernisse aus dem Weg zu räumen und sicherzustellen, dass niemand aufgrund von Vorurteilen oder gesellschaftlichen Stereotypen benachteiligt wird. Ich bin fest davon überzeugt, dass eine gerechtere Gesellschaft für uns alle ein Gewinn ist.

Was bedeutet für dich «liberale Gleichstellung»?

Libérale Gleichstellung bedeutet, dass wir als Gesellschaft die Rahmenbedingungen schaffen, in denen Chancengleichheit möglich ist, ohne dabei die individuelle Freiheit und Verantwortung des Einzelnen einzuschränken. Es geht darum, Menschen zu ermutigen, ihren eigenen Weg zu gehen und selbstbewusst Entscheidungen zu treffen, ohne in traditionelle Rollenbilder gezwängt zu werden. Diese Freiheit ist es, die uns wirklich voranbringt.

Was treibt dich persönlich an, dich für Gleichberechtigung einzusetzen?



Wahlplakat für den Nationalrat im Herbst 2023.



Simone Richner mit ihrer Tochter beim Abstimmen.

Was empfindest du dabei als herausfordernd?

Die grösste Herausforderung besteht oft darin, die Erwartungen der Gesellschaft mit unseren eigenen Vorstellungen von Gleichberechtigung zu vereinen. Es erfordert viel Organisation, enorme Flexibilität und vor allem eine sehr gute Kommunikation, um sicherzustellen, dass alle Bedürfnisse in der Familie berücksichtigt werden und wir gleichzeitig unseren beruflichen Zielen gerecht werden können. Welche Massnahmen sind aus Sicht der FDP besonders wichtig, um Chancengleichheit zu fördern? Die FDP setzt sich für die Förderung flexibler Arbeitsmodelle ein, die es Familien erleichtern, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Modernisierung der beruflichen Vorsorge, wie sie in der BVG-Reform vorgesehen ist.

In welchem Bereich muss noch viel getan werden aus deiner Sicht?

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bleibt eine der grossen Herausforderungen unserer Zeit. Es braucht dringend mehr Betreuungsmöglichkeiten und eine stärkere gesellschaftliche Anerkennung dafür, dass auch Männer eine aktive Rolle in der Kindererziehung und im Haushalt übernehmen.

Wie kann ich als Mitglied der FDP Gleichberechtigung fördern?

Als Mitglied der FDP kannst du viel bewirken, indem du dich aktiv in die politische Arbeit einbringst. Teile deine Erfahrungen, sprich darüber

und engagiere dich für Initiativen, die flexible Arbeitsmodelle voranbringen und die berufliche Vorsorge modernisieren. Darüber hinaus kannst du in deinem persönlichen Umfeld und in der Gesellschaft dazu beitragen, Frauen in Führungspositionen zu stärken, indem du sie ermutigst und unterstützt. Es ist entscheidend, dass wir alle unseren Teil dazu beitragen, damit Gleichberechtigung nicht nur ein Ziel bleibt, sondern in unserem Alltag wirklich gelebt wird.

«Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bleibt eine der grossen Herausforderungen unserer Zeit.»

Warum sollten unsere Leser/Leserinnen Ja zur BVG-Revision stimmen? Die BVG-Reform ist ein bedeutender Schritt, um unsere Altersvorsorge zu modernisieren und gerechter zu gestalten. Sie schliesst Rentenlücken, insbesondere für Teilzeitarbeitende und Frauen, und fördert die Generationengerechtigkeit. Durch die Senkung der Eintrittsschwelle und des Koordi-

nationsabzugs wird es viel mehr Menschen möglich sein, von der zweiten Säule zu profitieren. Diese Reform ist nicht nur fair, sondern auch zukunftsweisend, und sie stärkt unser bewährtes Dreisäulenmodell.

Was du der «Freisinn»-Leserschaft sonst noch sagen willst.

Ich möchte die Leserinnen und Leser ermutigen, sich weiterhin aktiv für die Werte der Freiheit, Selbstverantwortung und Chancengleichheit einzusetzen. In einer Zeit, in der Freiheit immer mehr in Frage gestellt wird, ist es wichtiger denn je, für unsere Überzeugungen einzustehen. Links-grüne Forderungen nach immer mehr Regulierungen und Einschränkungen bedrohen die Individualität und Vielfalt, die unsere Gesellschaft stark machen. Jeder von uns kann einen Beitrag leisten, sei es durch politisches Engagement, durch das Setzen von Vorbildern im Alltag oder durch die Unterstützung von Initiativen, die unsere Gesellschaft gerechter und freier machen.



Das Interview führte Eveline Würigler, Redaktionsleiterin «Freisinn».

Yannick Berner setzt sich als FDP-Grossrat und Unternehmer für ein Ja zur BVG-Reform ein.



Als Unternehmer für die BVG-Reform

Kommentar von Yannick Berner

Als Liberaler, Unternehmer und einst zukünftiger Rentner bin ich klar für die BVG-Reform. Im vollen Bewusstsein, dass es sich bei der Vorlage um einen politischen Kompromiss handelt, ist die Reform notwendig, um die 2. Säule nachhaltig und fair zu gestalten.

Die BVG-Reform bietet die Chance, bestehende Ungerechtigkeiten im Rentensystem zu verbessern. Viele Teilzeitarbeitende und insbesondere Frauen erhalten heute keine BVG-Rente. Hinzu kommt, dass die Rentenversprechen im BVG zu hoch sind und die Erwerbstätigen die Rentner querfinanzieren. Das Resultat? Ein zunehmend fragiles System, das unsere Solidarität überstrapaziert und dringend reformiert werden muss.

Reform für Unternehmer eine Herausforderung

Ich möchte jedoch nicht verschweigen, dass diese Reform auch für uns als Unternehmer eine Heraus-



Das Familienunternehmen URMA AG produziert innovative Präzisionswerkzeuge mit einem Exportanteil von über 95 Prozent. Eingesetzt werden die Schweizer Produkte unter anderem in der Automobil- und Flugzeugindustrie.

forderung darstellt. Es ist richtig, dass eine Annahme der Vorlage zu höheren Kosten führen wird. Mehr Mitarbeitende werden obligatorisch in der beruflichen Vorsorge versichert sein, was für uns höhere Lohnabzüge bedeutet. Doch genau hier setzt die Verantwortung an, die wir als Unternehmer in der Gesellschaft tragen. Lassen Sie mich dies anhand eines Beispiels verdeutlichen: Nehmen wir an, eine Teilzeitangestellte in unserem Unternehmen verdient 30 000 Franken pro Jahr. Nach den aktuellen Regeln sind nur 4275 Franken oder 14 Prozent ihres AHV-Lohnes im BVG versichert. Mit der Reform erhöht sich der versicherte Lohn auf 24 000 Franken, das sind 80 Prozent ihres Lohnes. Auf dieser Basis lässt sich ein solides Altersguthaben ansparen. Für uns als Arbeitgeber bedeutet dies höhere Beiträge, doch für die Angestellte bringt es eine signifikante Verbesserung ihrer Altersvorsorge und garantiert eine schönere Rente.

Wer, wenn nicht die FDP?

Als Unternehmer bin ich bereit, diesen Schritt zu wagen. Ich bin überzeugt, dass wir mit dieser Reform ein Ziel erreichen, das besonders Frauen und Menschen mit niedrigem Einkommen zugutekommt. Diese Reform ist nicht nur eine Investition in die Zukunft unserer Mitarbeitenden, sondern

«Jetzt ist der Moment, Verantwortung zu übernehmen und für eine gerechtere und nachhaltigere Altersvorsorge zu kämpfen.»

auch in die Stabilität unseres Rentensystems. Und dieses gilt es zu schützen: Die Abstimmungen vom 3. März 2024 sollten uns zu denken geben. Wir müssen die Akzeptanz gegenüber dem Dreisäulensystem stärken. Denn die linken Parteien und Gewerkschaften warten mit ihren Ideen zum AHV-Ausbau und der Schwächung der 2. und 3. Säule in ihren Startlöchern. Wer, wenn nicht die FDP, sorgt sonst dafür, dass die eigens angesparte Altersvorsorge auch die eigene bleibt?

Verantwortung für die Stabilität des Rentensystems übernehmen

Die Dringlichkeit ist offensichtlich. Je länger wir zögern, desto gravierender werden die Probleme unserer Altersvorsorge. Die BVG-Reform bietet eine realistische und umsetzbare Lösung für die Herausforderungen, vor denen wir stehen. Gerne betone ich nochmals, dass die BVG-Reform ein Kompromiss ist. Doch wer meint, dass wir die gleichen Ziele mit einem Nein zur Reform erreichen, der irrt sich. Es ist enttäuschend, dass gerade linke Kräfte das Referendum ergriffen haben. Anstatt sich für eine sinnvolle und gerechte Lösung einzusetzen, verfallen sie in alten Klassenkampf-Rhetoriken und verhindern so den Fortschritt.

Jetzt ist der Moment, Verantwortung zu übernehmen und für eine gerechtere und nachhaltigere Altersvorsorge zu kämpfen. Als Unternehmer bin ich mir sicher: Die BVG-Reform ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.



Yannick Berner,
CEO URMA AG und Aargauer FDP-Grossrat

Bild: kaisin.



BVG-Reform aus Gastro-Sicht

Kaisin.-Mitbegründer Andri Silberschmidt im Interview

Inmitten der laufenden Debatten zur BVG-Reform werfen wir einen Blick auf die Perspektive eines engagierten Unternehmers. Andri Silberschmidt, Mitbegründer und Verwaltungsratspräsident der Kaisin. und Nationalrat für den Kanton Zürich, gibt uns Einblicke, wie die Reform seiner Meinung nach die berufliche Vorsorge verbessern könnte.

Welche Auswirkungen hat ein Ja zur BVG-Reform auf Kaisin.?

Die Mitarbeitende sowie die Kaisin. als Arbeitgeberin würden mehr Beiträge in die berufliche Vorsorge einzahlen und deshalb eine höhere Rente im Pensionsalter haben.

Warum sagst du als Gastro-Unternehmer Ja zur BVG-Reform?

Die berufliche Vorsorge muss mit der Zeit gehen und Menschen mit einem tiefen Einkommen eine

bessere Absicherung ermöglichen. Die Senkung des Koordinationsabzuges und der Eintrittsschwelle stellen genau dies sicher. Dank der Senkung der Beiträge der über 55-Jährigen sinken ihre Lohnnebenkosten, was im Sinne der Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt zu begrüssen ist.

GastroSuisse spricht sich gegen die BVG-Reform aus. Sie begründete ihre Position mit den anfallenden Mehrkosten. Was entgegnest du als Betroffener deinem Verband?

Wenn man einen reinen Kostenblick hat, müsste man das BVG abschaffen, denn dann hätte man gar keine Kosten. Das würde aber zu Altersarmut führen, denn die Armutsstatistik zeigt klar: Menschen mit einer Rente aus der beruflichen Vorsorge sind markant weniger stark von Altersarmut betroffen. Deshalb ist es wichtig, dass die berufliche Vorsorge gestärkt wird – das gibt es nicht gratis zu haben.

Was sind deiner Meinung nach die grössten Herausforderungen oder Bedenken bei der Umsetzung der Reform in der Praxis?

Die Formulierung der Rentenzuschläge für die Übergangsgeneration (alle über 50) ist nicht nach

«Menschen mit einer Rente aus der beruflichen Vorsorge sind markant weniger stark von Altersarmut betroffen.»

unserem Gusto. Es profitieren auch Menschen von einem Rentenzuschlag, welche gar keine Renteneinbussen aufgrund der Senkung des Umwandlungssatzes haben. Das ist unschön und ich verstehe, dass das vor allem in Kreisen von Expertinnen und Experten kritisiert wird. Deshalb aber die ganze Reform abzulehnen, wird die Reformfähigkeit der beruflichen Vorsorge negativ beeinträchtigen.

Wie könnten die geplanten Anpassungen dazu beitragen, das Vertrauen in die berufliche Vorsorge zu stärken?

Dank der Reform erhalten über hunderttausend Personen Zugang in die berufliche Vorsorge. Nicht nur sie zahlen neu Beiträge, sie profitieren auch von den Beiträgen ihrer Arbeitgeber sowie der Verzinsung, welche über das ganze Erwerbsleben einen Drittel mehr Rente ermöglicht. Das ist ein grosser Fortschritt und ermöglicht vielen Menschen, die nicht ihr Leben lang 100 Prozent gearbeitet haben, eine massive Verbesserung ihrer Rente (bis zu dreimal mehr Rente aus der beruflichen Vorsorge!).

Die Umfragen deuten auf ein Nein hin. Was wären die Folgen einer Ablehnung der BVG-Reform?

Wir wären wieder auf Feld 0 und die Linke würde ihrem Ziel zur Schwächung der beruflichen Vorsorge einen Schritt näher sein.

Mehr zu Kaisin. auf: <https://kaisin.ch/>



Das Interview führte Eveline Würigler, Redaktionsleiterin «Freisinn».



Nationalrat Andri Silberschmidt.

KI-generiertes FDP-Kampagnenbild zur BVG-Reform.



Warum Frauen profitieren

Zwei Anschauungsbeispiele

Die berufliche Vorsorge muss dringend reformiert werden: Zum einen stehen die Renten aufgrund der steigenden Lebenserwartung und tieferen Anlagerenditen unter Druck. Zum andern können sich viele Erwerbstätige – darunter überwiegend Frauen – kein Alterskapital in der 2. Säule ansparen, da sie Teilzeit arbeiten. Am 22. September 2024 stimmt die Schweizer Bevölkerung über einen Reformvorschlag ab, mit dem die Berufsvorsorge zukunfts- und frauentauglicher werden soll.

Luisa und Martina (beide 30-jährig) arbeiten im Inselspital Bern. Luisa ist Reinigungskraft und – da alleinerziehend – in einem 60%-Pensum angestellt. Martina arbeitet in der Pflege, hat keine Kinder und arbeitet 100%.

Wie würde sich die BVG-Reform auf die Renten der beiden Frauen auswirken? Stimmt es, wenn ein Komitee aus Gewerkschaften und Linksparteien behauptet, dass die Vorlage ein «Bschiss» sei, weil Erwerbstätige mehr bezahlen müssten und zum Schluss gar weniger Rente erhielten? Lassen Sie mich Luisa und Martina für die Abstimmung am 22. September 2024 beraten:

Ausgangslage: Unser Vorsorgesystem

Die Schweizer Vorsorge basiert auf drei Säulen: Die 1. Säule (AHV/IV) dient der Existenzsicherung und die 2. Säule soll den gewohnten Lebens-

standard auch im Alter oder bei Invalidität erhalten. Mit der 3. Säule kann durch individuelles Sparen die Altersrente verbessert werden.

Die 1. Säule funktioniert durch ein Umlageverfahren: Die aktuell erwerbstätige Bevölkerung finanziert durch Lohnbeiträge bereits berentete Personen.

Die 2. Säule funktioniert im Kapitaldeckungsverfahren: Erwerbstätige und ihre Arbeitgeber zahlen Beiträge an die berufliche Vorsorge. Das so angesparte Kapital wird über Jahrzehnte verzinst. Leistungen der beruflichen Vorsorge erfolgen entweder, indem das angesparte Kapital nach der Pensionierung/bei Invalidität in Form einer Rente ausbezahlt wird. Alternativ ist bei der Pensionierung (und teilweise bei Invalidität) auch ein einmaliger Bezug der Vorsorge in Kapitalform möglich. Verstirbt eine Person vor Erreichen des

Pensionsalters, kann ihr Vorsorgeguthaben («Todesfallkapital») teilweise von Angehörigen bezogen werden.

Berechnung der Rente aus der Berufsvorsorge

Die Rente aus der 2. Säule wird durch Multiplikation des angesparten Kapitals mit dem Umwandlungssatz berechnet. Für einen versicherten Lohn zwischen 22 050 und 88 200 Franken (sogenanntes «BVG-Obligatorium») gilt derzeit ein Mindestumwandlungssatz von 6,8%. Die meisten Pensionskassen versichern Löhne über das Obligatorium hinaus. Für Löhne, die dem Überobligatorium unterliegen, gilt kein Mindestumwandlungssatz.

Pensionskassen unter Druck

Wie auch die AHV ist die berufliche Vorsorge derzeit nicht auf die lange Lebensdauer ihrer Versicher-

ten ausgelegt. Es droht, dass – entgegen ihrer Idee – auch in der Säule 2 die gegenwärtig Erwerbstätigen zur Rente der bereits Berenteten beitragen und so ihr eigenes Sparkapital tangiert wird. Zudem haben die Pensionskassen unter anderem wegen des seit langem tiefen Zinsumfelds Mühe, ausreichende Erträge an den Finanzmärkten zu erzielen, um das Sparkapital ihrer Versicherten zu erhöhen.

BVG-Lösung 1. Teil:

Um der Gefahr eines ungerechten und gesetzeswidrigen Verzehr von Sparguthaben über Generationen hinaus zu begegnen, sollen folgende Massnahmen getroffen werden:

- Der Umwandlungssatz in der obligatorischen Versicherung wird auf 6% gesenkt.
- Im Gegenzug werden die Beitragssätze angepasst: Die jüngeren Erwerbstätigen und ihre Arbeitgeber leisten neu bis zum Alter von 34 höhere Lohnbeiträge als heute (9% bis zum Alter von 45). Für die älteren Erwerbstätigen gelten neu tiefere Beitragssätze (14% bis zum Alter von 65). Dass Arbeitgeber für ältere Arbeitnehmer tiefere Arbeitgeberbeiträge zahlen müssen, hat zudem den Vorteil, dass ältere Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr länger benachteiligt werden.
- Für eine Übergangsgeneration, die nicht ausreichend Zeit hat, wegen der tieferen Beitragssätze ihr Sparguthaben gleichbleibend wie heute zu erhöhen, wird es einen Rentenzuschlag geben.

Wichtig: Die Renten von bereits Pensionierten sind von der Reform nicht betroffen.

BVG-Lösung 2. Teil oder Warum die Vorlage vor allem für Frauen wichtig ist!

Derzeit ist nur in der 2. Säule obligatorisch versichert, wer einen Jahreslohn von mindestens 22 050 Franken verdient («Eintrittsschwelle»). Für die Anhäufung von Sparkapital wird vom versicherten Lohn ein sogenannter Koordinationsabzug in Höhe von 7/8 der maximalen AHV-Jahresrente (derzeit 25 725 Franken) abgezogen.

Wer also wenig verdient, kann keine vernünftige berufliche Vorsorge aufbauen. Das betrifft vor allem Teilzeiterwerbstätige. Noch immer arbeiten vor allem Frauen Teilzeit, vorwiegend deshalb, weil sie Betreuungsaufgaben nachgehen.

Mit der Reform der beruflichen Vorsorge wird deshalb einerseits die Eintrittsschwelle – wenn auch leider bloss marginal – auf 19 845 Franken gesenkt. Andererseits, und das ist bedeutend relevanter, beträgt der Koordinationsabzug nicht mehr eine fixe Zahl, sondern neu 20% des Jahreslohns.

Für Luisa und Martina hätte die Reform folgende Auswirkungen:

	Luisa (Reinigungskraft) alleinerziehend Pensum 60%	Martina (Pflege) keine Kinder Pensum 100%
Vor Reform		
Bruttogehalt	35 000	85 000
Koordinationsabzug	-25 725	-25 725
Versichertes Gehalt	9 275	59 275
PK-Beitrag 7%	650	4 150
Sparkapital bei Pension unverzinst*	46 374	296 375
Altersrente (6,8%)	3 153	20 154
Nach Reform		
Bruttogehalt	35 000	85 000
Koordinationsabzug (20%)	-7 000	-17 000
Versichertes Gehalt	28 000	68 000
PK-Beitrag 9%	2 520	6 120
Sparkapital unverzinst*	128 800	312 800
Altersrente (6%)	7 728	18 768

* Sehr vereinfachte Rechnung, Annahmen:
 – Luisa und Martina haben 25-jährig angefangen zu arbeiten
 – Allfällige Lohnerhöhungen sind nicht einberechnet
 – Beitragssätze vor Reform: 7% bis Alter 35, 10% bis 45, 15% bis 55, 18% bis 65
 – Beitragssätze nach Reform: 9% bis Alter 45, 14% bis 65

Abstimmungsempfehlung für Luisa und Martina

Luisa würde durch die Reform eine mehr als doppelt so hohe Rente erhalten und sollte Ja stimmen. Allerdings bleibt ein Problem: Wenn Luisa nebenher für eine Reinigungsfirma arbeitet und dort weniger als die Eintrittsschwelle von 19 845 Franken verdient, ist der Nebenerwerb auch nach der Reform nicht versichert. Mehrfachbeschäftigte können also weiterhin durch die Maschen für das Ansparen einer vernünftigen Altersvorsorge fallen.

Martina erhält auf den ersten Blick trotz höherer Lohnabzüge eine tiefere Rente als vor der Reform. Das Sparkapital im obigen Beispiel ist aber unverzinst gerechnet: Da Martina und das Inselspital früher höhere Sparbeiträge leisten, werden diese auch länger verzinst. Damit wird Martina dank der Reform also mindestens eine gleich hohe Rente erhalten wie heute. Auch Martina kann der Reform also zustimmen.

Abstimmungsempfehlung für alle

Eine Studie zeigt, dass rund 80% der Versicherten dank der Reform mehr Rente erhalten werden, 20% etwas weniger. Vor allem Personen mit tiefen Einkommen profitieren. Kürzungen bei Personen mit hohem Einkommen können durch das Überobligatorium abgedeckt werden.

Dank der Reform hätten demnach mehr Erwerbstätige, insbesondere Frauen und Geringverdienende, eine berufliche Vorsorge. Das ist auch volkswirtschaftlich sinnvoll, da eine ausreichende Vorsorge die Abhängigkeit von staatlichen (über die Steuern finanzierte!) Ergänzungsleistungen verringert.

Es ist bezeichnend, dass sich Kreise, die sich angeblich sozialer Politik verschrieben haben, gegen die Reform stellen. Verantwortungsbewusste erkennen die Notwendigkeit der Anpassung unserer Vorsorge und stimmen am 22. September 2024 Ja zur sinnvollen BVG-Reform.



Florence Pärli,
Juristin im Steuerrecht, Stadträtin und
Fraktionspräsidentin FDP/jf Stadt Bern,
Kandidatin Gemeinderat Stadt Bern

Ja zur BVG-Reform am 22. September

Statements von FDP-Persönlichkeiten



**Anna Staub, Vorstandsmitglied
Jungfreisinnige Schweiz**

«Momentan sind Personen mit mehreren Teilzeitjobs unzureichend in der beruflichen Vorsorge versichert. Heute gelten die Eintrittsschwelle und der Koordinationsabzug für jede Anstellung separat. Hier ist die BVG-Reform entscheidend: Mehrere Löhne werden summiert, was zu einer besseren beruflichen Vorsorge führt. Der versicherte Lohn steigt und die Rente wird deutlich höher ausfallen.»



Eva Biland, FDP Basel-Stadt

«Das heutige Berufsversorgungsgesetz stammt aus der Zeit der Einverdienerhaushalte und ist nicht mehr zeitgemäss. Es entspricht nicht mehr der heutigen Arbeitsrealität, da rund ein Drittel der Arbeitnehmenden in Teilzeitarbeit beschäftigt ist. Mit der BVG-Reform werden Teilzeitarbeitende und Personen mit tiefen Einkommen besser versichert und erhalten endlich auch eine Rente. Ich sage deshalb JA am 22. September zur BVG-Reform.»



Florence Pärli, Stadträtin Bern

«Momentan sind Personen mit geringem Einkommen und ältere Arbeitnehmende im BVG benachteiligt. Dank der Reform werden Personen mit geringem Einkommen auch Zugang zur 2. Säule haben beziehungsweise besser versichert sein, da der Koordinationsabzug flexibilisiert wird und anstatt eines Fixbetrages neu 20% des Lohnes beträgt. Ältere Personen haben dank der Reform bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt, da ihre BVG-Beiträge und damit die Kosten für die Arbeitgeber gesenkt werden.»

BVG-Revision in Kürze:

In der beruflichen Vorsorge kann man sich beim Bezug entweder für den Kapitalbezug oder für eine lebenslängliche Rente entscheiden. Bei der lebenslänglichen Rente bestimmt der Umwandlungssatz, wie viel Rente jährlich ausgezahlt wird. Da die Lebenserwartung in der letzten Zeit gestiegen ist, werden die Renten teilweise querfinanziert von den Erwerbstätigen. Deshalb muss der Umwand-

lungssatz gesenkt werden. Von der Senkung sind 85 Prozent der Angestellten nicht betroffen. Nicht betroffen sind Personen, die überobligatorisch versichert sind, und Personen, die sich für den Kapitalbezug entscheiden.

Für die Übergangsgeneration gibt es zudem grosszügige Rentenzuschläge. Die Eintrittsschwelle zur beruflichen Vorsorge wird zudem gesenkt, das

heisst, mehr Personen mit tiefen Einkommen werden versichert sein. Auch Personen mit mehreren Teilzeitjobs sind nun besser versichert, da ihre Löhne addiert werden. Der Koordinationsabzug wird flexibilisiert, was dazu führt, dass insbesondere mehr Personen mit geringem Einkommen einen höheren Anteil ihres Lohnes sparen. Dadurch steigen ihre Renten.

Bild: Adobe Stock, Oleg Elkov



Der Souverän sind wir

Gemeinsam gegen Überregulierung und Überwachung

Kürzlich ging es im Parlament um die Frage, warum Unternehmerinnen und Unternehmer zwar in die Arbeitslosenversicherung einzahlen – aber faktisch keine Chance haben, im Notfall Versicherungsleistungen zu beziehen.

In ihrer Stellungnahme vermittelten Bundesrat und Beamtenschaft – vielleicht ungewollt –, das Bild, das sie von Unternehmerinnen und Unternehmern haben: Bei diesen seien Anreize für eine «zweckfremde (Über-)Inanspruchnahme ausgeprägt». Es bestehe ein «inhärentes Missbrauchsrisiko».

Unter Generalverdacht für Missbrauch. Ich dachte wirklich, ich lese nicht richtig.

Der Staat übergeht völlig die Tatsache, dass die Wirtschaft die Arbeitsplätze in unserem Land zur Verfügung stellt. Notabene: Alle Arbeitsplätze ausserhalb der staatlichen. Und die staatlichen gibt es nur, weil die Firmen und ihre Mitarbeitenden die Steuern zahlen, die diese finanzieren.

Es sind gerade die vielen KMU, die vielen grossen und kleinen Familienunternehmen, die zusammen mit ihren Mitarbeitenden persönliche Verantwortun-

gung übernehmen – für die Firma, für die Gesellschaft.

Es ist bemerkenswert, dass die Haltung des Staates zu Unternehmerinnen und Unternehmern inhaltlich gar nicht so weit von der Juso entfernt ist, die von «steuerkriminellen Familien-Clans» fabuliert.

Vielleicht ist dies die Vorstellung, die beide von der Wirtschaft haben: Sie soll gefälligst zahlen, Löhne und Steuern und Investitionen ermöglichen. Und weil sie die Unternehmerinnen und Unternehmer unter Generalverdacht für Missbrauch stellen – darf der hehre Staat alles regulieren und überwachen.

Das ist sehr weit weg von einem freiheitlichen Verständnis einer wirtschaftenden Gesellschaft freier Menschen. Es zeugt aber von einem Bild, das immer mehr um sich greift: Der Staat als grosser Bruder, der alles denkt und lenkt.

Liebe Freunde der Freiheit, die Menschen in unserem Land müssen wieder die Kontrolle über den um sich greifenden Staat zurückerhalten. Wir sind der Souverän.

«Liebe Freunde der Freiheit, die Menschen in unserem Land müssen wieder die Kontrolle über den um sich greifenden Staat zurückerhalten. Wir sind der Souverän.»



Kris Vietze, Nationalrätin TG, Dipl. Wirtschaftsprüferin, Präsidentin IHK Thurgau

Biodiversität ohne Wirtschaftsschäden

Gezielter Schutz statt pauschaler Massnahmen

Die Biodiversitätsinitiative zielt darauf ab, die Nutzung der Flächen und das baukulturelle Erbe einzuschränken, um die Biodiversität zu stärken. Obwohl diese Ziele lobenswert sind, ist die Vorlage zu extrem und ihre Auswirkungen werden einen negativen Einfluss auf die Wirtschaft haben.

Um die Biodiversität in der Schweiz zu schützen, müssen gezielte Massnahmen ergriffen werden, welche die Qualität anstatt der Quantität der Biodiversität stärken. Eine Begrenzung der Flächennutzung, wie von den Initianten gefordert, ist keine Garantie dafür, dass der Schutz der Biodiversität verstärkt wird. Zudem funktioniert der bisherige Schutz der Biodiversität in der Schweiz. Als Beispiel können wir den Luchs nehmen, der dank unserer Wiederansiedlungsbemühungen wieder in unseren Bergen heimisch geworden ist.

Dieses Beispiel zeigt, dass der Erhalt der Biodiversität durch gezielte und angepasste Massnahmen erreicht werden kann. Der Schutz der Biodiversität muss Hand in Hand mit unserer Wirtschaft gehen und nicht gegen sie.

Zusätzlich würde die Biodiversitätsinitiative viele Bereiche unserer Wirtschaft gefährden, darunter auch den Tourismus. Denn viele Tourismusorte, die sich in den Schutzgebieten befinden, könnten nicht mehr in die Verbesserung ihrer Anlagen investieren – das gilt beispiels-

weise für Skigebiete in den Bergen. Die Schweiz darf nicht zu einem Ballenberger Freilichtmuseum werden.

Wir müssen Tiere und Pflanzen schützen, nicht nur Äcker und Brachen – deshalb: Nein zur Biodiversitätsinitiative am 22. September!



Maxime Reynaud,
Verantwortlicher für die lateinischen Kantone

FDP
Die Liberalen

**Schützen wir Tiere und Pflanzen,
nicht Äcker und Brachen!**

NEIN zur extremen Biodiversitätsinitiative

www.fdp.ch/biodiversitaetsinitiative

Dieses Bild wurde mit Hilfe von KI generiert.

KOLUMNE

Angriff auf den Schweizer Wohlstand

Die Enteignungsinitiative der Juso ist brandgefährlich! Der wirtschaftliche Erfolg unserer Schweiz baut auf kleineren wie auch grösseren, mittelständischen Familienunternehmen. Von mehreren Generationen aufgebaute Unternehmen halten die Schweizer Wirtschaft am Laufen, tragen massgeblich zur international tiefen Arbeitslosenquote bei und verhelfen dem Mittelstand dank guten Einkommen zu individuellem Wohlstand. Entscheidend für den Erfolg dieser Unternehmen ist, Gewinne in die Weiterentwicklung reinvestieren zu können; sei dies in Betriebsliegenschaften, Maschinen, Technologien, Innovationen oder Menschen. Geht es nach der Juso, soll dieser Grundpfeiler unseres wirtschaftlichen Erfolgs schonungslos zerschlagen werden.

Mit der Einreichung ihrer Initiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)» fordert die Juso eine Erbschaftsteuer von 50 Prozent ab 50 Mio. Franken. Dieser Schwellenwert ist nicht nur bei grossen Unternehmen schnell erreicht; auch im mittelständischen Umfeld sind Bewertungen von Unternehmen und deren Ak-

tionen über diesem Betrag keine Seltenheit. Ausnahmestimmungen oder Erleichterungen sehen die Jungsozialisten keine vor. Im Gegenteil: Der Initiativtext sieht sogar eine Rückwirkungsklausel vor.

Bei einer Annahme der Initiative hätte der Bundesrat rückwirkend auf den Abstimmungstag Massnahmen zur «Verhinderung von Steuervermeidung» in Kraft zu setzen. Deshalb hat die Enteignungsinitiative schon heute und unabhängig des Ausgangs der Abstimmung eine gefährliche Vorwirkung. Potenziell Betroffene planen bereits jetzt ihren Wegzug und Zuzugswillige werden von der Wohnsitznahme in der Schweiz abgeschreckt. Selbstredend ist dies schädlich für unsere Volkswirtschaft, unsere Arbeitsplätze und letztlich für unseren individuellen Wohlstand. Gegen diesen Angriff müssen wir uns wehren!

Bumerang für den Mittelstand

Wenn man bedenkt, dass ein Prozent (!) der steuerpflichtigen Personen gut einen Viertel der Einkommenssteuern bezahlen, wird die Juso-Enteignungsinitiative zum Bumerang für Personen aus dem

Mittelstand. Sie werden die Schweiz nicht einfach verlassen können und müssen deshalb unter einer immer weiter steigenden Steuerlast leiden. Zudem erkennt die Juso, dass langfristig wiederkehrende Gewinn- und Vermögenssteuern ertragsreicher sind als eine einmalige Erbschaftsteuer.

Damit die Juso mit ihrem erneuten Angriff auf unseren Wohlstand wie bereits 2015 mit der Erbschaftsteuerinitiative (71 Prozent Nein) und 2021 mit der 99%-Initiative (65 Prozent Nein) hochkant scheitert, müssen wir jetzt aktiv werden.

Tragen Sie sich jetzt ins Komitee ein und engagieren Sie sich mit uns gegen die Enteignungsinitiative. Vielen Dank für Ihre Unterstützung! www.fdp.ch/abstimmungen/juso-initiative



Andri Silberschmidt, Nationalrat ZH und Vizepräsident FDP Die Liberalen Schweiz

Mit ihrer «Initiative für eine Zukunft» fordern die Jungsozialisten eine nationale Erbschaftsteuer von 50 Prozent auf Nachlässe über einem Freibetrag von 50 Millionen Franken.

Leidtragende wären traditionelle Schweizer Familienunternehmen. Um die hohen Steuerbeiträge zu begleichen, müssten Firmen verkauft oder liquidiert werden.

Die Juso zerstört mit ihrer Initiative einen Grundpfeiler der Schweizer Wirtschaft und überlässt den Schaden dem Mittelstand. Deshalb sagen wir: **NEIN** zur zerstörerischen Juso-Initiative!

Radikale Juso-Initiative zerstört Schweizer Familienunternehmen!



Eine Investition in die Zukunft

Bei Axpo sind wir stolz darauf, jeden Tag einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit unseres Landes zu leisten. In den letzten 10 Jahren haben wir zwei Drittel der Investitionen in der Schweiz getätigt, damit wir auch in Zukunft jederzeit klimafreundlichen Strom für Wirtschaft und Gesellschaft bereitstellen können.

The Power of Energy

